

WAZ v.
22.05.14

Wer wollte den Atom-Ausbau?

RWE-Chef sagt, die Politik habe die Energiebranche getrieben. Ein Faktencheck

Von Dietmar Seher

Essen. Der Satz von Peter Terium provoziert: „Die Energiebranche ist damals von der Politik in die Kernenergie reingetrieben worden“ – auch, wenn die Wirtschaft gerne mitgespielt habe. Der RWE-Chef hat ihn der „Wirtschaftswoche“ gesagt. Das Signal: Der Staat soll sich beteiligen an den „Altlasten“, die Deutschlands abgeschaltete Atommeiler hinterlassen.

Wie belastbar ist Teriums Satz?

Er ist gut unterfüttert. Mitte der 50-er Jahre war die Einstellung zur Atomkraft bei allen Parteien euphorisch – selbst bei Marxisten wie Ernst Bloch: Atomkraft würde „aus Wüste Fruchland und aus Eis Frühling“ machen, träumte er. „Wenn wir Atomstrom kriegen, dann brauchen die Männer nicht mehr in die Bergwerke“, erinnerte sich die Delegierte Rosa Wallbaum an die Atomdebatte auf dem SPD-Parteitag 1956. Fritz Erler, der Fraktionschef, wimmelte Zweifeln („Wohin mit dem Abfall?“) ab: „Das wird sich schon ergeben.“

Was trieb die Politik an?

Der Ruf nach Atomstrom war eng



Und wieder ein Atom-Abkommen. In der Bildmitte: Franz Josef Strauß. FOTO: GETTY

verknüpft mit dem Wiedererlangen der deutschen Souveränität 1955. Auf der „1. Genfer Atomkonferenz“ legten die westlichen Siegermächte stolz Startbilanzen der friedlichen Nutzung des Urans vor. Sie luden deutsche Politiker aufs Podium. Die fühlten sich wieder auf Augenhöhe – und wirkten erfreut mit. Bald auch mit Geld, dessen Verteilung Atomminister Franz-Josef Strauß (CSU) regelte. Bis 2009 sollten 54 Milliarden Euro aus Steuergeldern



Peter Terium
FOTO: M. GRABEN

für den Bau von 29 Kraftwerken fließen.

Gab es Druck?

Strauß trieb den Ausbau voran. Er nahm die Industrie in die Pflicht. Zehn Jahre später waren die Reaktoren Gundremmingen, Lingen und Obrigheim im Bau. Dass der Ausbau durchaus konfliktreich war, geht aus Worten des Kieler Professors Werner Kliefoth hervor: „Nicht immer war es ohne Zeitverlust möglich, zur Abstimmung der Zusammenarbeit zu

kommen.“ Unumgänglich sei es aber gewesen, dass „die öffentliche Hand sich mit Aufträgen an der Entwicklung von Prototypen beteiligte“. Denn: Wer einen Meiler betrieb, dem drohten in den Anfangsjahren rote Zahlen.

Wer drängte besonders stark?

Die Zeiten der SPD-Kanzler Brandt und Schmidt wurden zur Blüte der deutschen Kernkraft. Unter Brandt gingen vier Anlagen in Betrieb. Man redete vom „geschlossenen Brennstoffkreislauf“, plante den „Schnellen Brüter“ von Kalkar. Schmidt, von der Ölkrise überrascht, wollte in „Notstandsplänen“ die Energieversorgung mit neuen Atomkraftwerken sichern. Den Reaktor Brokdorf schob er mit dem Argument an, die Nachspeicheranlage in seinem Haus am Brahmesee falle sonst aus. Vize-Kanzler Genscher (FDP) zwang er zur Rücktrittsdrohung, um rebellische Parteifreunde auszubremsen, die den Brüter nicht wollten. In Schmidts Zeit fiel aber auch der erste Widerstand. 1979 schickte ein SPD-Parteitag Warnsignale nach Bonn: Kernkraftausbau? Nur unter Bedingungen. 30 Jahre später zeichnete sich der Ausstieg ab.